Detailansicht des Registereintrags

BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland

Aktuell seit 18.11.2026 13:21:51

Plattform

Registernummer:	R002393
Ersteintrag:	01.03.2022
Letzte Änderung:	18.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: BID c/o Immobilienverband IVD Bundesverband e.V. Littenstraße 10 10179 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49302757260 E-Mail-Adressen: info@ivd.net bid@ivd.net Webseiten: https://www.bid.info/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Keine Finanzierungsquelle

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dirk Wohltorf**
   Funktion: Präsident des IVD und Vorsitzender der BID

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Dr. Christian Osthus**
2. **Carolin Hegenbarth**
3. **Dirk Wohltorf**

Gesamtzahl der Mitglieder:
6 Mitglieder am 30.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (8):
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Cybersicherheit

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die sechs Verbände BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Immobilienverband Deutschland IVD Bundesverband, VDIV Verband der Immobilienverwalter Deutschland, vdp Verband deutscher Pfandbriefbanken und ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss zusammen. Ziel ist es, gemeinsame Positionen der Immobilien-, Wohnungs- und Finanzwirtschaft zu erarbeiten und diese gegenüber Politik und Öffentlichkeit zu vertreten. Die BID versteht sich dabei als gemeinsamer Ansprechpartner der beteiligten Verbände für die Politik.

Die BID hat keine eigene Rechtspersönlichkeit und kein eigenes Budget. Anfallende Kosten werden von den Mitgliedsverbänden anteilig getragen. Vorsitz und Geschäftsführung wechseln turnusgemäß zwischen den sechs Verbänden. Seit dem 1. Juli 2026 liegt der Vorsitz beim Immobilienverband Deutschland IVD Bundesverband. BID-Vorsitzender ist IVD-Präsident Dirk Wohltorf.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. **Gesetzliche Neuausrichtung Gebäudetyp E**

   Beschreibung:
   zentrales Anliegen ist die zivilrechtliche Ermöglichung des Gebäudetyp E - wie im Koalitionsvertrag vorgesehen
   Ziel ist es, das einfache, kostengünstige und technologieoffene Bauen rechtssicher zu ermöglichen, ohne unnötige technische Überregulierung

   Betroffenes geltendes Recht:
   BGB [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

2. **Die wiederholte Verlängerung der Mietpreisbremse wird von der BID abgelehnt.**

   Beschreibung:
   Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Regelungen über die zulässige Miehöhe bei Mietbeginn wird abgelehnt. Die seit zehn Jahren geltende Mietpreisbremse ist keine Übergangsregelung mehr. Die Verunsicherung der Marktteilnehmer soll verhindert werden. Planungssicherheit und Wirtschaftlichkeitsberechnungen sollen nicht beeinträchtigt bzw. gar verhindert werden. Eine Verringerung von Mietanpassungspotenzialen bei Weitervermietung führt zu sinkender Investitionsbereitschaft der Vermieter. Anstelle der geplanten Eingriffe in die Regulierung der Miethöhe müssen alle erforderlichen Maßnahmen für mehr Wohnungsbau umgesetzt werden.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 21/322 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn

   Interessenbereiche:
   Wohnen [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2507300006** (PDF - 22 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 18.06.2025 an:

      Bundestag
      Gremien [alle SG dorthin]

3. **Faire-Mieten-Gesetz - Beschränkungen Neubau vermeiden, keine Entfristung der Mietpreisbremse, Vermeidung strengerer Sanktionierung bei Verstößen...**

   Beschreibung:

Beschränkungen für den Neubau vermeiden, strengere Sanktionierung von Verstößen gegen die Mietpreisbremse vermeiden, Kopplung von Indexmieten an den VPI ohne Kappung erhalten, Verlängerung des Betrachtungszeitraums vermeiden, Reduzierung der Kappungsgrenzen vermeiden, 5-Jahresfrist für Eigenbedarfskündigungen in Mangellagen vermeiden, keine verlängerte Kündigungsfrist bei Eigenbedarfskündigungen in Mangellagen, Vermeidung praxisferner und systemwidriger Saktionierung für fehlerhaft bestimmte Mieten

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/222 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Faire-Mieten-Gesetzes

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]; WiStrG 1954 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507300005** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.06.2025 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

4. **Ablehnung des Entschließungantrags "Mietpreisbremse verschärfen - Mieten stoppen"**

   Beschreibung:
   Der Entschließungsantrag, der auf die Verschärfung der Mietpreisbremse und die Deckelung der Bestandsmieten gerichtet ist, wird abgelehnt. Der Entschließungsantrag geht in vielen Punkten über die Gesetzentwürfe "Faire-Mieten-Gesetz" und "Gesetz zur Änderung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn" hinaus

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 21/355 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Mietpreisbremse verschärfen - Mieten stoppen

   Interessenbereiche:
   Wohnen [alle RV hierzu]

5. **Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie (NIS2UmsuCG)**

   Beschreibung:
   In Anbetracht der sich verschärfenden Cyberbedrohungslage unterstützt der BID die Bemühungen, die Informationssicherheit und Resilienz der eingesetzten IT-Systeme von Staat und Wirtschaft zu stärken. Wir unterstützen einen risikobasierten, praxisnahen Ansatz, um insgesamt das Sicherheitsniveau in Deutschland zu erhöhen.

   Interessenbereiche:

Cybersicherheit

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603120004** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.10.2025 an:

   Bundestag
   Organe [alle SG dorthin]

6. **Gemeinsame Eckpunkte zum Gebäudetyp E**

Beschreibung:
Angesichts der dramatischen Wohnungsknappheit und steigender Baukosten unterstützt die Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) ausdrücklich das Ziel, in Deutschland künftig effizienter, innovativer und vor allem kostengünstiger zu bauen. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Gebäudetyp E kann hierfür ein entscheidender Hebel sein. Die in der BID zusammengeschlossenen Verbände sehen nach Vorstellung der Eckpunkte zum Gebäudetyp E jedoch den dringenden Bedarf, die zentralen rechtlichen und praktischen Problemstellungen des vorgelegten Ansatzes zu benennen und deutlich zu machen, unter welchen Voraussetzungen der Gebäudetyp E in der Praxis tragfähig anwendbar wäre.

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603120005** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.01.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

7. **Positionierung zum Gebäudemodernisierungsgesetz**

Beschreibung:
Der BID fordert deshalb gemeinsam:
- den konsequenten Abbau von bürokratischen Technologie-vorgaben
- eine stabile und langfristig gesicherte Förderung auch für Vermieter
- eine verlässliche, transparente Regulierung der Wärmeinf-rastruktur
- wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen für die Moder-nisierung des Gebäudebestands
- Keine mietpreisrechtlichen Eingriffe

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606100040** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.04.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

8. **Bundesgesetzliche Regelung zum Schutz privater Mietwohnungsbestände vor Vergesellschaftung**

Beschreibung:
Die BID setzt sich für eine bundesgesetzliche Regelung ein, nach der im Eigentum Privater gehaltene Mietwohnungsbestände nicht Gegenstand von Vergesellschaftungen im Sinne von Art. 15 GG sein können. Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit nach Art. 14 Abs. 3 GG sollen hiervon unberührt bleiben. Für Vergesellschaftungen soll zudem ein umfassender Investitionsschutz unter Beachtung der völker- und europarechtlichen Verpflichtungen Deutschlands sowie eine unverzügliche Entschädigung zum Verkehrswert vorgesehen werden.

Interessenbereiche:
Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609240025** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.09.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

9. **Anpassung der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)**

Beschreibung:

Die BID setzt sich für eine Anpassung der Förderbedingungen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) ein. Insbesondere sollen die förderfähigen Kosten bei energetischen Maßnahmen an Mehrfamilienhäusern nicht so abgesenkt werden, dass wirtschaftlich sinnvolle Sanierungen erschwert und Investitionsanreize geschwächt werden. Die Förderbedingungen sollen so ausgestaltet werden, dass energetische Sanierungen wirtschaftlich umsetzbar bleiben.

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609240030** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.09.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

10. **Verbesserung und Verstetigung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen für den Wohnungsbau**

Beschreibung:
Die BID setzt sich für eine Verbesserung und Verstetigung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen für Investitionen in den Wohnungsbau ein. Ziel sind langfristig verlässliche steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für den Wohnungsbau und damit eine größere Planungssicherheit für entsprechende Investitionen.

Betroffenes geltendes Recht:
EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

11. **Keine Absenkung der Modernisierungskappungsgrenzen im Wärmenetzpaket**

Beschreibung:
Die BID setzt sich dafür ein, den im Eckpunktepapier zum Wärmenetzpaket vom 26. August 2026 enthaltenen Prüfauftrag zur Absenkung der Kappungsgrenzen nach § 559 Abs. 3a BGB und der ortsüblichen Vergleichsmiete nach § 558 BGB um bis zu 0,50 Euro/m² nicht in das geplante Wärmenetzgesetz zu übernehmen. Ziel ist, zusätzliche Einschränkungen bei der Refinanzierung von Investitionen in Fernwärmeanschlüsse und energetische Modernisierungen zu vermeiden. Sollte der Prüfauftrag weiterverfolgt werden, fordert die BID Klarheit über den Anwendungsbereich und die Auswirkungen auf Modernisierungsmieterhöhungen.

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611180016** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.11.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro